

AUSGABE SEPTEMBER

NEWSLETTER

AUSGABE SEPTEMBER



SABINE-WOELFLE.DE



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

das Thema **Kindesmissbrauch** ist nach den Fällen Alessio und Staufen, aber auch aktuell durch den Missbrauch in der katholischen Kirche, leider wieder präsent. Im Sozialausschuss haben wir uns in der letzten Legislaturperiode aufgrund des Todes des kleinen Alessios im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sehr intensiv mit einer neuen Kinderschutzkonzeption beschäftigt. Diese wurde im Frühjahr im Ausschuss beraten, zeitgleich wurde der schreckliche Fall aus Staufen bekannt. Für mich war sofort klar, dass unser Konzept so nicht verabschiedet werden kann, da man die **furchtbare Dimension des Staufener Falles** mitdenken muss. Die **Vernetzung unterschiedlicher Akteure**, sei es Jugendamt, Erzieher, Lehrer und viele andere muss sichergestellt werden. Sexuell missbrauchte Kinder sind immer irgendwie auffällig, es braucht daher ein geschultes Auge, um zu sehen, was da vielleicht passiert. Ich war im Mai in der **Fachberatungsstelle Aufschrei in Offenburg** und habe mir berichten lassen, wie dort präventive Arbeit geleistet wird und wie man mit Kindern umgeht, die sexuelle oder auch andere Gewalt erfahren haben. Das Erschreckende war, dass diese Fachberatungsstelle zwar vom Landkreis mitfinanziert wird, jedoch um weiterhin diese wertvolle Arbeit leisten zu können, permant - trotz dünner Personaldecke - Spenden generieren muss. Ich habe deshalb in der letzten **Sozialausschusssitzung** die Landesregierung aufgefordert eigene Fachberatungsstellen für Kinder und Jugendliche mit zu unterstützen. **Kinder müssen auch losgelöst von ihren Eltern in die Beratung kommen können**. Der Fall Staufen hat deutlich gezeigt, dass hier die Mutter allein durch ihre Anwesenheit das Kind manipulieren kann. Ich sage es auch ganz deutlich: **Kindesrecht muss vor Elternrecht stehen**. Ich habe deshalb Johannes Fechner gebeten, mit unserer Justizministerin Barley zu prüfen, ob man den §1666a im BGB nicht entsprechend ändern kann. Die Tatsache, dass jedes 10. Kind bzw. zwei Kinder pro Schulklasse betroffen sind, muss uns handeln lassen.

Eure

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Selma Wölf'. The signature is fluid and cursive, written over a light blue horizontal line.

ZWISCHENBILANZ

HALBZEIT BEI GRÜN-SCHWARZ



Seit mehr als zwei Jahren regieren nun die Grünen gemeinsam mit der CDU das Land Baden-Württemberg - zumindest versuchen sie es. Rückabwicklung der Gemeinschaftsschule, Streichung von 1074 Lehrerstellen und die Wiedereinführung von Studiengebühren sind Ergebnisse von schwarzer Rückständigkeit und grüner Mutlosigkeit. Dies gepaart mit ständigen Streitereien und Misstrauen in den eigenen Reihen ergibt eine sehr nüchterne Regierungsbilanz.

Da Grün-Schwarz im Herbst 2018 Halbzeit hat, wollen wir als SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg nun Bilanz ziehen. Wir wollen dabei aufzeigen, welche Vorstellungen **wir** von einer zukunftsfähigen Politik für dieses Land haben. Wir wollen aber auch die Schwachstellen der grün-schwarzen Landesregierung und das, was bisher nicht aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wurde, beleuchten. Dazu wollen wir in jedem der 44 Stadt- und Landkreise eine öffentliche Abendveranstaltung machen. Auch in Emmendingen werden wir eine solche Veranstaltung durchführen. Diese findet am 22. Oktober um 19:00 Uhr im Bergmattenhof in Sexau statt. Ihr seid herzlich eingeladen, an diesem Abend mit zu diskutieren.

FRAKTIONSKLAUSUR

VORSTAND NEU GEWÄHLT



Zur Halbzeit der Legislaturperiode haben wir als SPD-Landtagsfraktion unser Führungsgremium aus Fraktionsvorsitzendem, vier Stellvertretern und Parlamentarischem Geschäftsführer am ersten Tag unserer Fraktionsklausur in Bad Rappenau gewählt. Sowohl unser Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch als auch die Stellvertreter Sascha Binder, Dr. Stefan Fulst-Blei, Martin Rivoir und ich sowie unser Parlamentarischer

Geschäftsführer Reinhold Gall wurden bei diesen Wahlen in ihrem Amt bestätigt.

Ein wichtiges Thema in der Klausur war der Nachtragshaushalt 2018 und 2019. Wir haben als Landtagsfraktion dazu die Grundzüge unserer Priorisierung beschlossen und wir wollen uns insbesondere auf vier Bereiche fokussieren. Angesichts der außergewöhnlich guten finanziellen

Situation sind die Voraussetzungen da, endlich den Startschuss für den **Einstieg in die Gebührenfreiheit** im frühkindlichen Bereich zu geben und wir als SPD werden uns in den anstehenden Haushaltsberatungen im Landtag für die Realisierung von zunächst einem beitragsfreien Kindergartenjahr einsetzen.

Um dem akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum schnellstmöglich begegnen zu können, werden **bis 2025 in Baden-Württemberg bis zu 500.000 neue Wohnungen** benötigt. Auch hier wollen wir als Fraktion den entsprechenden Ausbau vorantreiben und wir werden deshalb für den Nachtragshaushalt zusätzliche 320 Millionen Euro fordern.

Eine weitere unserer Forderungen ist der **massive Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs**. Wenn wir die Mobilitätswende glaubhaft gestalten

wollen, dann brauchen wir schnell ein besseres Angebot mit mehr Linien und Verbindungen, besseren Taktungen und mehr Verlässlichkeit. Für den Nachtragshaushalt gehen wir von einem entsprechenden Mehrbedarf von 50 Millionen Euro aus.

Auch einer **guten landesweiten Gesundheitsversorgung** mit einer Verbesserung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum und der Erhöhung der Krankenhausförderung ist uns wichtig. Gerade die beinahe Schließung des Bruder-Klaus-Krankenhauses hat bei uns in der Region eine Debatte über das Thema Krankenhausfinanzierung entfacht. Hier brauchen wir nachhaltige Investitionen und Konzepte, die nicht nur die reinen Bilanzzahlen im Blick haben, sondern die große soziale Rolle eines Krankenhauses mitberücksichtigen.

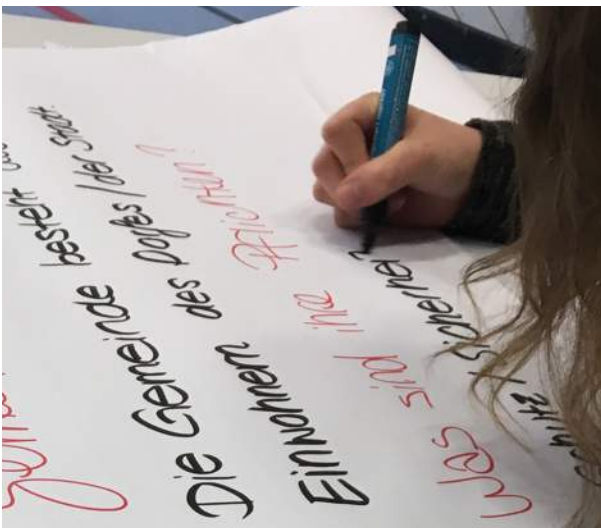
”

*„Mit den Themen bezahlbarer **Wohnraum**, guter **Gesundheitsversorgung** und Sicherung von **Arbeitsplätzen** in Zeiten von **Digitalisierung** und **Mobilitätswende** werden wir für den **Zusammenhalt** in der Gesellschaft kämpfen“*

Andreas Stoch MdL - Fraktionsvorsitzender

JUGENDKONFERENZ

Jugend macht Politik



Im September fand bei uns im Landkreis die große Jugendkonferenz im Zuge der Heimattage statt. Über 100 Jugendliche haben sich beteiligt und sehr engagiert mit Politiker*innen über zahlreiche Themen diskutiert - von Heimat, Werte, Bildung bis hin zu Gemeinschaftsschule, Populismus und Demokratie. Sehr überrascht war ich darüber, mit welchem Interesse Kinder und Jugendliche das politische Zeitgeschehen verfolgen. Ich nutze solche Formate sehr gerne um mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und ihnen einen Rahmen zu bieten, in dem sie politische Prozesse auch selber erfahren können. Kinder und Jugendliche sind nicht unsere Zukunft, sie sind unsere Gegenwart und wir müssen Formate schaffen, die die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen berühren.

Mit der Änderung der Gemeindeordnung durch die vormalige grün-rote Landesregierung, wurde die Beteiligung von Jugendlichen zur Pflicht und die Beteiligung von Kindern zu einem „Soll“-Auftrag für die baden-württembergischen Kommunen. Für mich ist hierbei klar, dass es nicht bei einem Auftrag bleiben darf. Es braucht noch mehr konkrete Projekte in den Kommunen und Gemeinden. Jedoch halte ich einen Jugendgemeinderat hier für weniger geeignet. Statistisch betrachtet, sind Jugendgemeinderäte nicht besonders effizient. Außerdem kommen dadurch nur sehr, sehr wenige Kinder und Jugendliche in den Genuss, politische Prozesse hautnah zu erleben. Wir brauchen inklusive und partizipative Verfahren und Formate, die alle junge Menschen dort abholen, wo sie sind. Dafür müssen die Gemeinden und das Land auch Geld in die Hand nehmen.

Um das politische Interesse und Bewusstsein bei jungen Menschen weiter auszubauen, müssen wir auf langfristiger Sicht auch eine Diskussion über die Absenkung des Wahlalters führen. Andere Bundesländer machen es vor. In Brandenburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg gibt es bereits das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen ab 16 Jahren. Ich finde wir müssen uns auch in Baden-Württemberg einer solchen Diskussion stellen.

BRUDER-KLAUS-KRANKENHAUS

BDH WIRD NEUER TRÄGER



Eine sehr erfreuliche Nachricht erreichte uns Ende September in Bezug auf die Entwicklung des Bruder-Klaus-Krankenhaus in Waldkirch. Das Bruder-Klaus-Krankenhaus soll weiter als Akutkrankenhaus in Betrieb bleiben und wird von dem BDH-Bundesverband-Rehabilitation (Träger der BDH-Klinik) übernommen. Alle Mitarbeiter sollen - sofern dies gewünscht ist - übernommen werden. Eine positive Entwicklung für die Region und insbesondere das Elztal.

Im Januar wurde bekannt gegeben, dass der Regionalverbund kirchlicher Krankenhäuser (RkK) das Krankenhaus aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr weiter betreiben kann. Als SPD reagierten wir sofort mit einer großen öffentlichen Informationsveranstaltung mit dem Geschäftsführer des RKK, Vertretern der kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Krankenhausmitarbeiterinnen und Johannes Fechner und mir in meiner Funktion als Landtagsabgeordnete und Sozialpolitikerin. Daraufhin erkundigte ich mich beim zuständigen Ministerium in Form mehrerer parlamentarischen Initiativen zur Situation des Bruder-Klaus-Krankenhauses in Waldkirch (Drucksache 16/3580) und zu Chancen und Grenzen eines kommunalen Gesundheitsdialoges im Elztal (Drucksache 16/4063).

Ich begrüße es, dass das BKK einen neuen gemeinnützigen Träger gefunden hat. Dies ist für die Menschen im Elztal und die Beschäftigten eine gute Lösung. Jetzt muss die BDH-Klinik die richtigen Potentiale identifizieren und ein schlüssiges Konzept zur nachhaltigen Finanzierung des Hauses aufsetzen. Wir hatten als SPD-Landtagsfraktion im Zuge der Haushaltsverhandlungen mehr Geld für die Digitalisierung der baden-württembergischen Kliniken gefordert und wollten durchsetzen, dass die Investitionen durch das Land nicht weiter zurückgefahren werden. Unser Vorschlag wurde von den Grünen und der CDU jedoch abgelehnt.

Europa - Was geht das mich an?

Morgens klingelt der Wecker – hoffentlich zuverlässig. Wenn nicht, kann man sich als Verbraucher auf die **kostenlose zweijährige Gewährleistung berufen**, die EU-weit für alle Waren gilt. In Deutschland gab es zuvor lediglich eine Frist von sechs Monaten. Auch beim Zähneputzen muss man sich nicht sorgen.

Unser Wasser ist so sauber, dass man es ohne Bedenken trinken kann. Dies garantiert die **EU-Trinkwasserrichtlinie**. Die Wasserrahmenrichtlinie schützt das gesamte Wasser in Europa, leitet Maßnahmen zur Verbesserung ein und betreibt Gewässerschutz. Zudem haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament durchgesetzt, dass die Wasserversorgung nicht zwangsweise privatisiert werden muss.

Wenn wir essen, sitzt Europa stets mit am Tisch. **Alle Lebensmittel in der EU sind gekennzeichnet**, sodass erkennbar ist, woher sie kommen, was drin ist und in welchen Mengen. Die EU sorgt auch dafür, dass der Weg der Nahrungsmittel vom Erzeuger bis zum Verbraucher sicher ist und dies bei Bedarf auch überprüft werden kann. Nur gute und einwandfreie Produkte sollen auf dem Teller landen, denn niemand will Brötchen essen, in denen Menschenhaare(!) verarbeitet sind. Kein Witz, denn bis vor einigen Jahren kam Menschenhaar als Ausgangsmaterial für das in Backmitteln enthaltene Cystein zum Einsatz. Dies ist nach EU-Recht nun nicht mehr erlaubt. Drei **EU-Gütezeichen bürgen für die Qualität hochwertiger und einzigartiger Lebensmittel**. Produktbezeichnungen sind so gegen Missbrauch und Nachahmung geschützt. Davon profitieren der Schwarzwälder Schinken, die Schwarzwaldforelle, die Schwäbischen Maultaschen und Spätzle ebenso wie das Gemüse von der Reichenau oder das Filderkraut.

Auch bei unserem Müll kommt Europa mit ins Spiel. **Die EU setzt auf gezielte Abfallvermeidung. Mit der EU-Abfallrahmenrichtlinie wird der gesamte Abfallzyklus – von der Abfallerzeugung über das Recycling bis hin zur Abfallbeseitigung – überwacht.** Der Schutz von Gesundheit und Umwelt hat dabei höchste Priorität. Elektrische und elektronische Geräte enthalten oft schädliche Stoffe. Deswegen hat die EU ihre Regeln für deren Verwendung und Verwertung verschärft. Dank einer EU-Gesetzgebung kann man sein altes Handy oder den alten Kühlschrank heute kostenlos abgeben. Und das ist nicht alles, denn wertvolle Inhaltsstoffe müssen recycelt werden.

Dies ist der zweite Beitrag aus unserer Rubrik „Europa - Was geht das mich an?“. Bis zu den Europawahlen wird in jeder Ausgabe ein Artikel diesem Thema gewidmet sein. Dabei werden auch gezielte Verbindungen von Landes- und Europapolitik dargestellt.

#Europa

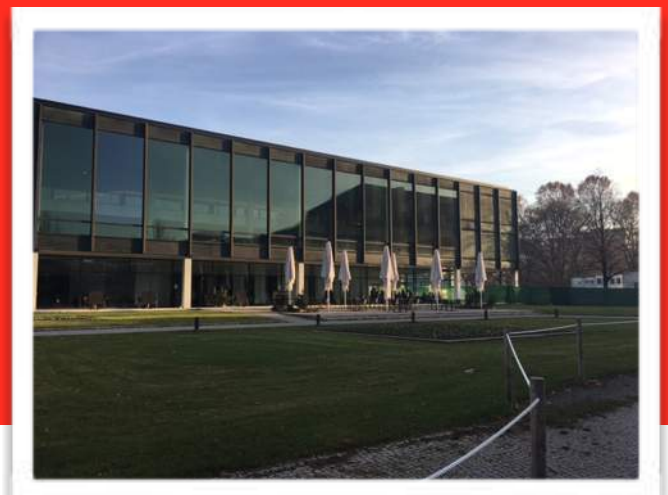
Aus- und Rückblick

Diesen Sommer habe ich in einem Interview mit der Badischen Zeitung über meine politischen Ziele, Erfolge und die Landesregierung gesprochen. Das ganze Interview könnt Ihr [hier](#) nachlesen.



Das Vermächtnis der Künstlerin Hilla von Rebay - ohne die es das Guggenheim Museum in New York nicht geben würde - könnt ihr im gleichnamigen Museum in ihrem ehemaligen Elternhaus bewundern. Hierzu seid ihr recht herzlich am 5. Oktober 2018 um 17:00 Uhr in die Emmendinger Straße 11 in Teningen eingeladen.

Da Grün-Schwarz im Herbst 2018 Halbzeit hat, wollen wir als SPD-Fraktion nun Bilanz ziehen. Die entsprechende Veranstaltung im Kreis Emmendingen findet am 22. Oktober 2018 um 19:00 Uhr im Bergmattenhof in Sexau statt.



Rückblick „Heimat.Neu.Erkunden.“

Im Rahmen von „Heimat.Neu.Erkunden.“ habe ich in diesem Sommer - u.a. mit meinem Bundestagskollegen Johannes Fechner - Bürgerinnen und Bürger aus unserem Landkreis zu spannenden Entdeckungsfahrten und Besuchen eingeladen. So waren wir unter anderem im Alamannenmuseum in Vörstetten, wandern auf dem Mühlenwanderweg in Simonswald und radeln mit dem Lachs an der Elz.

